

GESCHÄFTSBERICHT

des Paritätischen Sachsen- Anhalt
2018 | 2019 | 2020

Soziale Arbeit ist
WERT:VOLL

PARITÄT IN BEWEGUNG - THEMEN, DIE UNS BEWEG(T)EN ...

VORSTAND UND LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Vorstand beschließt sozialpolitische Schwerpunktthemen für die nächsten Jahre
Kampagne „Vielfalt ohne Alternative“ auch im Landesverband
„Mensch, du hast Recht!“ Einsatz für Menschenrechte prägt die Verbandsarbeit
Mitgliederversammlung 2018 - Auftakt für Aktion „Ort für Menschenrechte“
Digitalisierung – neue Möglichkeiten des Arbeitens und der Teilhabe (BLICKPUNKTE)
Teilhabechancengesetz – Zugang zum sozialen Arbeitsmarkt sichern

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege

Pflegepersonal-Stärkungsgesetz als zentrales Thema
Konzertierte Aktion Pflege gestartet
Wohn- und Teilhabegesetz (WTG)- Personalverordnung

Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen

Zähes Ringen zur Vorbereitung des Landesrahmenvertrages zum Bundesteilhabegesetz
BTHG

Frühkindliche Bildung und Jugendhilfe

Immer im Focus: Kinderförderungsgesetz (KiFöG) bietet erste Schritte für Verbesserungen
Kein Aushebeln der Angebote der Jugendhilfe zulassen
SOS an Jugendhilfe – Mehrbelastung durch fehlende Unterrichtsversorgung

Gesundheit und Selbsthilfe

Selbsthilfe gestärkt! Förderung von Selbsthilfekontaktstellen und -gruppen
Aktion „Wir müssen reden!“ - jungen Menschen für Selbsthilfe gewinnen

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSSTELLEN

LIKO – Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking

Finanzierung von Frauenhäusern langfristig sichern

Paritätisches Jugendwerk

Zahlreiche Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen

Regionalstellen/Netzwerkarbeit

„Orte für Menschenrechte“ verbindet Mitgliedsorganisationen und regionale Partner*innen
„Tour der Vielfalt“ mit dem SCM bringt Handballprofis und junge Menschen zusammen
Schulsozialarbeit langfristig sichern
Sozialpreis der LIGA Sachsen-Anhalt verliehen

AUSGEWÄHLTE PARITÄTISCHE POSITIONEN

Gute Pflege ist Menschenrecht!
Paritätischer fordert mehr Chancen für Langzeitarbeitslose im Sozialen Arbeitsmarkt
Paritätischer übt scharfe Kritik am „Masterplan Migration“
Armutsbereich 2018: Paritätischer korrigiert falsche Bilder der Armut und fordert neue Ar-
mutspolitik

VORSTAND BESCHLIEßT SOZIALPOLITISCHE SCHWERPUNKTTHEMEN BIS 2021

Im Juni 2018 hat der Vorstand die sozialpolitischen Schwerpunkte für 2018 bis 2021 beschlossen, deren Rahmen bundesgesetzliche (Neu)Regelungen sowie die Politik der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände setzen. Unter anderem will der Verband:

- im Sinne einer wirkungsvollen Politikberatung und gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden ein „Sozialmonitoring“ initiieren, in das die Erkenntnisse aus der **Beteiligung an regionalen Sozialplanungsprozessen** einfließen. Die **Sicherung von Lebensqualität und gleichwertigen Lebensbedingungen** durch die Entwicklung innovativer und bedarfsgerechter Angebote in den sehr unterschiedlichen Regionen Sachsen- Anhalts muss dabei ein gemeinsames Ziel sein;
- **fachliche Standards und die Interessen der Träger von Einrichtungen durchsetzen** sowie die **Beteiligung von Betroffenen / Experten in eigener Sache** gleichermaßen in den Mittelpunkt der auszuhandelnden Rahmenverträge und Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen stellen;
- als Spitzen-, Dach- und Sozialverband unsere gemeinnützigen Organisationen und sozialen Unternehmen als **zukunftsorientierten Beschäftigungsmotor**, nachhaltigen Standort- und Haltefaktor und **Garant des Gemeinwohls** in der öffentlichen Meinungsbildung platzieren und unterstützen und auf die **Bewahrung von Subsidiarität** und Pluralität dieser Dienste und Angebote eintreten;
- für eine **angemessene und verlässliche Finanzierung** der Dienste und Angebote kämpfen, die eine **Refinanzierung tarifgerechter Mitarbeiterentgelte** einschließt;
- die besonderen **Wirkungen freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements und Selbsthilfe** herausstellen und finanzielle Unterstützung einwerben;
- demografische und andere gravierende Veränderungen als Herausforderungen an die Mitglieder heranzutragen und mit deren Erfahrungen anzureichern;
- Anpassungen der **kommunalen Daseinsvorsorge und sozialer Angebote** an die sich verändernden Bedarfe unserer Zielgruppen und an die Finanzierungsmöglichkeiten anregen;
- Mitglieder bei der **strategischen Anpassung und innovativen Weiterentwicklung** ihrer sozialen Angebote vor Ort fach- und regionalspezifisch unterstützen und eine verbindliche Vernetzung und Kooperation von Trägern vorantreiben;
- auch das Land und insbes. Kommunen bei Bedarf in ihrer hoheitlichen Aufgabe, diese Prozesse sozialräumlich ausgewogen und nachhaltig zu steuern, unterstützen, damit Veränderungen und Ziele, insbesondere **Inklusion, personenzentrierte Hilfen, altersgerechte Quartiersentwicklung, Prävention, gelingende Integration von Migrant*innen, ambulante und komplexe Angebote**, Beteiligung von Anspruchs- und Zielgruppen, **Flexibilität von Standards** ausreichend beachtet werden;
- **Folgenabschätzungen sozialer Entwicklungen und politischer Entscheidungen** fortlaufend gemeinsam mit den Mitgliedern vornehmen, die Interessen der Mitglieder und deren Zielgruppen verdichten, die innerverbandliche Meinungsbildung sowie wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege organisieren;

- mit den Kampagnen „**Mensch, du hast Recht!**“ und „**Vielfalt ohne Alternative**“ gesellschaftspolitische Schwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit und der internen demokratischen Verbandspolitik setzen; konsequente Verfolgung der **verbandlichen Strategien gegen demokratiefeindliche und rassistische Tendenzen** und damit Positionierung des Verbandes als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft, Dialoge dieser Themen mit den Mitgliedsorganisationen organisieren und den **Wert sozialer Arbeit** für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als Menschenrechtsprofession im öffentlichen Bewusstsein verankern.

VERBAND ZEIGT MIT NEUER KAMPAGNE HALTUNG FÜR OFFENHEIT, VIELFALT UND TOLERANZ



Der Paritätische Wohlfahrtsverband zeigt sich tief besorgt über längst überwunden geglaubte rechtsradikale und rassistische Umtriebe. Hintergründe und Ursachen für dieses Phänomen sind vielfältig und komplex. Um sich öffentlich und eindeutig gegen rechte Demagogen zu positionieren, startet der Paritätische eine Internet-

kampagne, um seine Maßnahmen, Initiativen und Dokumente gegen rechtsradikale und rassistische Positionen der breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auf seiner Homepage wurde eine Kampagnenseite mit einer Vielfalt an Informationen gegen Rassismus und Rechtsextremismus eingerichtet und zeigt damit Gesicht für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft. Vielfalt ist für uns ohne Alternative!

GEGEN EIN KLIMA DER ANGST UND DENUNZIATION!

Als Erstunterzeichner des Aufrufes: „**Gegen ein Klima der Angst und Denunziation!**“ im März 2018 hat der Paritätische Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurückgewiesen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Haltung für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft gezeigt.

Zunehmend werden zivilgesellschaftliche Träger und staatliche Institutionen angegriffen und verunglimpft. Damit wird ein Klima des Misstrauens und der Denunziation gefördert. Treffen können diese Angriffe alle, die für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft stehen.

Die gezielte Verbreitung von Gerüchten und Unterstellungen diskreditiert nicht nur unsere Arbeit, sondern stellt einen kaum verhohlenen Angriff auf die grundlegenden demokratischen Werte dar. „Wir fordern all jene, die an diesen Werten festhalten auf, derartige Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurückzuweisen und das notwendige Engagement für eine lebendige Demokratie und ein lebenswertes Sachsen-Anhalt zu verteidigen.“

UNSER EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE

Anfang des Jahres 2018 startete die bundesweite Kampagne des Paritätischen „Mensch, du hast Recht!“ – anlässlich des 70. Jahrestages der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Vereinten Nationen am 10. Dezember 2018. Ziel der Kampagne: für mögliche Verletzungen der Menschenrechte im Alltag zu sensibilisieren und aufzeigen, wie durch soziale Arbeit die Lebenssituation der Menschen verbessert werden kann.

Mit verschiedenen Plakatmotiven, in Aktionen und Veranstaltungen hat die Kampagne zentrale Themenbereiche in den Mittelpunkt gestellt: **Wohnen, Gesundheit, Bildung, Teilhabe, Selbstbestimmung, Schutz.**



Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen haben wir geprüft, ob und wieweit in diesen Bereichen grundsätzliche Menschenrechte gewahrt und wo Hindernisse erlebbar sind - haben wir die Öffentlichkeit sensibilisiert und Haltung gezeigt.

Ein Höhepunkt der Kampagne in Sachsen-Anhalt war die **Mitgliederversammlung am 21. September 2018**.

Mit ihren Statements gaben der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, und die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, Petra Grimm-Benne, wichtige Impulse für einen angeregten Austausch. Der Meinungsaustausch machte deutlich, dass soziale Arbeit eine Menschenrechtsprofession und der Paritätische ein wichtiger **Behalter und Wächter universeller Menschenrechte** sei. Angesichts menschenrechtsverachtender Tendenzen in unserem Land bedarf es besonderer Aufmerksamkeit und Anstrengung, das Recht auf Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichwürdigkeit offensiv zu verteidigen. Hierzu sei ein breites Bündnis erforderlich. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden engagierte Menschen mit der „Goldenen Ehrennadel“ des Verbandes ausgezeichnet, die sich nicht nur in den Gremien und Mitgliedsorganisationen des Verbandes engagierten, sondern auch im besonderen Maße für die Wahrung von Menschenrechten im Alltag eingesetzt haben.



© paritaet-lsa.de
(c) paritaet-lsa

Die Mitgliederversammlung war auch Auftakt zur landesweiten Aktion „Ort für Menschenrechte“. Die sozialen Einrichtungen und Dienste setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, dass jeder Mensch gleichermaßen in Sicherheit und Würde selbstbestimmt leben kann. Orte für Menschenrechte sind beispielsweise die Kita um die Ecke, die Suchtberatung in der Stadt, der ambulante Pflegedienst, der auch über Land fährt oder die Selbsthilfekontaktstelle, das Jugendzentrum, das Seniorenwohnen oder eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Ein respekt-

voller Umgang miteinander, das Mitbestimmen über den Alltag in einer Einrichtung, die Berücksichtigung der Ideen und individuellen Wünsche von Bewohner*innen, aber auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter*innen, Angehörigen und Kooperationspartnern gehören dazu.

Auf der Kampagnenseite www.ort-fuer-menschenrechte-lsa.de sind mehr als 150 solche Orte zu finden.

MIT SOZIALER PARTNERSCHAFT BRÜCKEN GEBAUT

Der Paritätische hat es sich auf die Fahne geschrieben, Menschen zusammenzuführen, zu verbinden und ihr Leben durch verschiedene Projekte positiv zu beeinflussen. Mit der Verbindung von Sozialem und Sport wollen wir Menschen bewegen. Sport hat den großen Vorteil, dass er Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammenbringt. Sport kann Brücken bauen und über diese Brücken kann Dialog stattfinden. Beispielhaft dafür steht seit 2016 die soziale Partnerschaft mit den Handball-Bundesligisten des SC Magdeburg. Seit Saisonstart 2018 steht die Partnerschaft im Zeichen der Kampagne des Paritätischen „Mensch, du hast Recht“ und unterstützt die Botschaft, dass der Paritätische und der SC Magdeburg **gemeinsam Hüter von Menschenrechten** sind.

Die gemeinsame Botschaft haben wir mit unseren Regionalstellen, insbesondere mit der „Tour für Vielfalt“ in die Regionen Sachsen-Anhalts getragen. Viele unserer Mitgliedsorganisationen haben sich für das Training mit den Handballprofis gemeinsam mit ihren Netzwerkpartnern beworben und Kindern und Jugendlichen aus ihrer Region eine Sporteinheit der besonderen Art ermöglicht. Ebenso positives Feedback gab es von Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen, die Freikarten für alle Heimspiele des SCM erhielten.

Besondere Highlights in der Partnerschaft: Kapitän Christian O'Sullivan ist der SCM-Botschafter für Menschenrechte; das Paritätische Logo ist bei den Spielen auf den LED-Walls in der Halle zu sehen und seit 2018 tragen die Handballprofis zu einem ausgelosten Bundesliga-Spiel auf ihren Trikots im Brustbereich unsere Logos „Mensch, du hast Recht“ bzw. „Ort für Menschenrechte“.

DIGITALISIERUNG – NEUE MÖGLICHKEITEN DES ARBEITENS UND DER TEILHABE

Unter diesem Motto widmete sich die Ausgabe der BLICKPUNKTE 1/2018 dem Megatrend der Digitalisierung. Der Landesverband gab mit dieser Broschüre fachliche Anregungen und Hinweise, wie die Möglichkeiten der Digitalisierung im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege genutzt werden können.

BLICKPUNKTE 01|18



Digitalisierung – neue Möglichkeiten des Arbeitens und der Teilhabe

Angesichts des Fortschritts der Digitalisierung in der sozialen Arbeit und der Notwendigkeit vorhandene Kommunikationsformen und Netzwerkarbeit weiterzuentwickeln, hat der Landesverband ein Entwicklungsprojekt im Programm „**rückenwind+ für die Sozialwirtschaft**“ akquiriert. Mit dem **Projekt „TRES“** (Transparent, Rechtssicher, Effektiv, Situativ – modernes Kompetenz- und Wissensmanagement auf digitaler Basis) will der Landesverband Anregungen und praktische Umsetzung initiieren für ein umfangreiches Kompetenz-, Netzwerk-, Wissens- und Datenschutzmanagement erarbeiten und erproben. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 1. April 2018 bis 31. Juli 2021.

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege

Konzertierte Aktion Pflege: Mehr Ausbildung, mehr Personal und mehr Geld soll die Konzertierte Aktion Pflege für die Pflege bringen. Unter der vom Bundesgesundheits-, Bundesfamilien- und Bundesarbeitsministerium im Juli 2018 ins Leben gerufenen Aktion verbergen sich nicht weniger als ca. 370 Maßnahmen, von denen sich ca. 150 Maßnahmen direkt an die Trägervereinigungen oder an die Pflegeeinrichtungen selbst richten. Die Bezahlung der Pflegekräfte zu verbessern, gehört zu den markantesten Maßnahmen der Konzertierten Aktion Pflege. So ist die verpflichtende Bezahlung der Beschäftigten in Pflege und Betreuung in Tariffhöhe Kernthema der kommenden Pflegereform.

Insgesamt wird entscheidend sein, inwieweit die politisch formulierten Zielstellungen in den oft im Zuge der Selbstverwaltung und auf Landesebene zu verhandelnden Vertragswerken tatsächlich realisiert werden können. Zu nennen sind hier beispielsweise der Abschluss von Gesamtversorgungsverträgen, die bessere Berücksichtigung und Verwaltungs- und Geschäftsführungsaufgaben in Vergütungsverhandlungen, die Flexibilisierung des Personaleinsatzes und die Regelung des Einsatzes von Leiharbeiter*innen. Unser Verband wirkt hier sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene in den verschiedenen Verhandlungs- und Arbeitsgruppen mit.

Weitere ausgewählte Themen:

- Pflegepersonal-Stärkungsgesetz
- Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase
- Allgemeine ambulante Palliativversorgung
- Terminservice- und Versorgungsgesetz

WTG - Personalverordnung

Zum neuen Entwurf der WTG – Personalverordnung galt es in den Fachgremien dringliche Fragen zur Auswirkung der Regelungen auf die Praxis und Konsequenzen für Vergütungsverhandlungen zu klären.

HILFEN FÜR MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Zähes Ringen um den neuen Landesrahmenvertrag SGB IX

Mit Hochdruck und unter Einbeziehung vieler Expert*innen aus der Praxis rang der Verband um Verfahren und Instrumente, die auf Basis des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) den neuen gesetzlichen Rahmen für die Eingliederungshilfe so gestalten, dass er für die Einrichtungen umsetzbar ist. Diese Herausforderung war und ist groß, denn es handelt sich um tiefgreifende Veränderungen und einen Systemwechsel, der die Basis sein wird für eine spürbar verbesserte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Der Landesverband organisierte innerverbandlich sowie auch im Verbund mit den anderen Spitzenverbänden eine umfangreiche Begleitung und Beteiligung in Projektgruppen, Trägertreffen, Steuerungs- und Arbeitsgruppen, die die verschiedenen Themen bearbeiteten, deren Ergebnisse und Interessenlagen verbunden und abgestimmt werden mussten. Ein proaktives Handeln wurde durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Verband sachkundig vorgebracht. In diesem Prozess ist und wird auch zukünftig eine große zeitliche und fachspezifische Ressource im Zusammenspiel der Referate „Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen“ und „Recht und Betriebswirtschaft“ gebunden.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND JUGENDHILFE

Kinderförderungsgesetz (KiFöG) – erste Schritte für Verbesserungen

... und mit langem Atem und vereinten Kräften vertreten: Die zurückliegenden Monate waren von zähem Ringen um eine gute Novelle des KiFöG geprägt. Die finanzielle Entlastung der Kommunen und einiger Eltern trugen nicht zur dringend erforderlichen Qualitätsverbesserung bei. Die Anrechnung von 10 Ausfalltagen auf den Personalschlüsseln sind nur ein Fünftel dessen, was es braucht. Der Verband ist – wie alle am System Beteiligten – nicht zufrieden mit den uneindeutigen Gesetzesregelungen, bürokratischen Hürden und fehlenden Verbesserungen der Qualität. Die Ausgestaltung des KiFöG's scheint zu einer „Dauerbaustelle“ zu werden und sorgt immer wieder für Verärgerung bei allen Beteiligten.

SOS an Jugendhilfe – Mehrbelastung durch fehlende Unterrichtsversorgung soll von der Jugendhilfe aufgefangen werden

Ausfall von Schulstunden im Land Sachsen-Anhalt führte auch im Jahr 2018 zu einer deutlichen Mehrbelastung bei den Einrichtungen der stationären Jugendhilfe. Fällt der Unterricht aus, dann kehren die Kinder vorzeitig am Tage zurück in ihre Einrichtungen und müssen dort altersgemäß von Fachkräften betreut werden. Der Paritätische Sachsen-Anhalt hat in seiner Mitgliedschaft bei den Trägern der Hilfen zur Erziehung eine deutliche Mehrbelastung durch den erhöhten Unterrichtsausfall festgestellt und hierzu eine entsprechende Erhebung bei den Mitgliedern durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass 75 Prozent des ausgefallenen Unterrichtes auf fehlende und erkrankte Lehrer*innen zurückzuführen ist, und 25 Prozent auf schulische Sanktionierungen der Kinder.

Für diese elf Einrichtungen der Jugendhilfe kamen in den vier Monaten insgesamt 737 Ausfallstunden = Mehrstunden des Betreuungsbedarfes zusammen. Im konkreten Ergebnis heißt das laut unserer Abfrage, dass in Einzelfällen bis zu 5,5 Stunden Mehrbetreuungsbedarf in den Einrichtungen der Jugendhilfe gewährleistet werden muss. Das hat Auswirkungen auf Dienstplangestaltung und Betreuungsschlüssel. Hier fordern die Träger zurecht eine bessere Kommunikation und Kooperation mit Schule und auch Hort ein.

GESUNDHEIT UND SELBSTHILFE

Selbsthilfe gestärkt

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Selbsthilfe ist ein zentrales Anliegen des Paritätischen und auch Zielgruppen, wie junge Menschen und pflegende Angehörige hat der Verband verstärkt im Fokus. Für die Akteure der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe konnten mehr finanzielle Mittel akquiriert werden, als je zuvor. Mit knapp einer Million Euro förderte die Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfeförderung der gesetzlichen Krankenversicherung die 14 Selbsthilfekontaktstellen, 30 Selbsthilfeorganisationen und über 850 Selbsthilfegruppen.

Wir müssen reden!

Junge Selbsthilfe bringt junge Menschen mit Sorgen, Ängsten und Fragen zu ihrer ganz persönlichen Situation in den Dialog. Auf Initiative des Paritätischen Sachsen-Anhalt wurde eine Homepage ins Leben gerufen und in Zusammenarbeit mit den Selbsthilfekontaktstellen unter Paritätischem Dach mit Inhalten befüllt. Die Homepage www.wirmuessenreden.de ist für Hilfesuchende eine erste Anlaufstelle und gibt Antworten auf Fragen rund um das Thema Junge Selbsthilfe. Selbstbetroffene machen Mut und zeigen mit ihren Erlebnissen, wie ihnen Selbsthilfe in schwierigen Lebenslagen, bei Trauer oder Krankheit geholfen hat. Kontakte zu regionalen Beratungsstellen, bestehenden Gruppen und Mutmachern sind einfach und unkompliziert zu finden.

Bereits über die einzelnen Mutmacher Storys auf der Website werden die verschiedensten sensiblen Themen emotional erlebbar, machen Mut über die Selbsthilfe neue Kraft zu finden und verbinden von Beginn an auf eine besondere Art und Weise.

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSSTELLEN

LIKO - Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking

Finanzierung von Frauenhäusern langfristig sichern

Die uneinheitliche und nicht auskömmliche Finanzierung der Frauenhäuser, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen, für schutzbedürftige Frauen und deren Kinder, bleibt ein Dauerthema. Dazu trafen sich am 2. Mai 2018 Vertreterinnen des Bundesverbandes der Frauenhauskoordination mit Vertreterinnen von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege, des Landesfrauenrates und der Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking in Sachsen-Anhalt zu einem Fachgespräch in den Räumen des Paritätischen Landesverbandes.

Der Verein Frauenhauskoordination stellte sein Diskussionspapier „Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt“ vor, das einen bundeseinheitlich geregelten Rechtsanspruch für gewaltbetroffene Frauen sowie ein Finanzierungsmodell für die Ausgestaltung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen fordert. Dieser Regelungsvorschlag wird ausführlich mit den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen in den Ländern diskutiert mit dem Ziel, diesen Rechtsanspruch mit den Bundesgremien umzusetzen, damit betroffene Frauen und deren Kinder schnelle, niedrighschwellige und professionelle Unterstützung erhalten.

Paritätisches Jugendwerk

Das Paritätische Jugendwerk führte im Rahmen seines Jahresprogrammes 2018 dreißig Bildungsmaßnahmen durch. Einige Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen, z. B. Gesundheitsförderung, wurden als fortlaufende Reihen konzipiert und durchgeführt. Es fanden zwei Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit statt. Zahlreiche Projekte wurden mit Netzwerkpartnern durchgeführt, was zu einer großen Reichweite und damit landesweiten Ausrichtung des Gesamtjahresbildungsplanes führte. Die Themenvielfalt verdeutlicht die Vielschichtigkeit unserer Zielgruppen.

Mit den Mitgliedsorganisationen wurden gemeinsam konzeptionelle Fragen bearbeitet, die sich insbesondere an den Zielen, Inhalten und Methoden der Bildungsmaßnahmen orientieren. Die Themen für die Bildungsmaßnahmen werden nach den Bedarfen der Jugendlichen ausgerichtet.

Verschiedene Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungen im Jahr 2018 waren Berufsorientierungsfahrt - Trägerbündnis Zivilgesellschaft - Arbeitskreis Jugendarbeit - Runder Tisch „Gegen Gewalt im Fußball“ - Bildungsmaßnahme Filmprojekt - Arbeitskreis Jugendbildung.

REGIONALSTELLEN/NETZWERKARBEIT

Wir stärken regionale Verbandsarbeit!

Die Präsenz und strukturell eigenständige Arbeit des Landesverbandes in den Kommunen ist eine wichtige Säule unserer Verbandsarbeit, die auch in Zukunft (möglicherweise sogar wachsende) Bedeutung hat und ein Alleinstellungsmerkmal des Paritätischen unter den Wohlfahrtsverbänden in Sachsen-Anhalt ist. Geschäftsführung und Regionalleitungen haben in mehreren Workshops die zurückliegende Arbeit analysiert, Schwerpunkte angepasst und strategische Themen für anstehende Veränderungen in der regionalen Verbandsarbeit erkannt.

Wie können bürgerschaftliche Initiativen, ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe unterstützt werden? Wie wird die Veränderung der sozialen Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum beeinflusst, veränderte Bedarfe rechtzeitig erkannt, soziale Innovationen bei Mitgliedern unterstützt? Wie erkennen wir rechtzeitig Versorgungslücken und nehmen Einfluss? Wie können Netzwerke in Kommunen und Planungsregionen aktiv mitgestaltet werden? In den Regionen müssen hierfür passgenau verbandliche Kompetenzen und Strukturen angepasst werden. Der Paritätische ist in den vier Regionen gut darauf vorbereitet.

„Sozialpreis der LIGA“ verliehen

Erstmals im Jahr 2018 haben die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege gemeinsam den Sozialpreis „Vernetzt vor Ort“ vergeben. Damit sollen besondere soziale Projekte/Initiativen in den Regionen Sachsen-Anhalts gewürdigt werden, die insbesondere Problemlagen im ländlichen Raum aufgreifen, in denen sich die Bürger*innen vernetzen, um ihren Ort nachhaltig und lebenswert zu erhalten und Ideen zur Bewältigung demografischer Entwicklungen sichtbar werden. Diese Initiativen sollen besondere Situationen und Probleme sozial benachteiligter Menschen in Sachsen-Anhalt aufgreifen und Mut machen. Mit dem Sozialpreis soll der Gewinn für das Gemeinwohl herausgestellt werden.

Die Verleihung fand am 11.12.20 im Roncalli-Haus in Magdeburg statt. Den 1. Preis gewann das „Lokale Bündnis für Familie“ Naumburg und Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Burgenlandkreis für das Projekt „Fortführung der Initiative Sozialkonferenz“. Über den 2. bzw. 3. Platz freuten sich das Diakonische Werk im Kirchenkreis Halberstadt für die Arbeit in der Begegnungsstätte „Neues Wohnen“ und die Projektgruppe „Barrierefreies Seehausen“ in Kooperation mit der Paritätischen Regionalstelle Nord.

PARITÄTISCHE POSITIONEN

Gute Pflege ist Menschenrecht!

Als „Stückwerk“ kritisierte der Paritätische Wohlfahrtsverband das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, das am 09. November 2018 im Bundestag abschließend beraten wurde. Trotz einzelner gut gemeinter Maßnahmen beispielsweise für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder betriebliche Gesundheitsvorsorge für Beschäftigte in Pflegeheimen, mangle es nach wie vor an einem Gesamtkonzept und einem Plan zur Finanzierung, wie der Notstand in der Pflege wirksam behoben werden könne. Mittelfristig seien 100.000 zusätzliche Pflegekräfte erforderlich, so der Verband. Darüber hinaus müssten die finanziellen Kosten für Pflegebedürftige begrenzt und insbesondere pflegende Angehörige deutlich stärker entlastet und auch finanziell besser abgesichert werden. Mit einer Postkartenaktion hat der Paritätische den Druck auf Gesundheitsminister Jens Spahn für gute Pflege erhöht und ruft zur breiten Beteiligung auf.

Paritätischer fordert mehr Chancen für Langzeitarbeitslose im Sozialen Arbeitsmarkt

Mitte Juli 2018 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf des Teilhabechancen-gesetzes, mit dem der Soziale Arbeitsmarkt umgesetzt werden soll. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sieht noch Nachbesserungsbedarf.

Grundsätzlich begrüßt der Verband die Intention des Gesetzentwurfs, Langzeitarbeitslose in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu bringen. Das schafft für Langzeitarbeitslose neue Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und langfristige Chancen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Von dem Gesetz profitieren sollen nur Arbeitslose, die mindestens sieben Jahre lang Hartz-IV-Leistungen bezogen und keine nennenswerten Beschäftigungen hatten. Der Paritätische plädiert dafür, dass das Gesetz spätestens nach vier Jahren durchgängiger Arbeitslosigkeit Angebote ermöglicht.

Ebenso fordert der Paritätische, dass sich der im Gesetz vorgesehene Lohnkostenzuschuss am regulären Lohn orientiert und dass es für die im Koalitionsvertrag versprochenen Mittel von vier Milliarden Euro eine klare Zweckbindung der Mittel gibt.

Paritätischer übt scharfe Kritik am „Masterplan Migration“

Der Paritätische kritisierte den von Bundesinnenminister Seehofer vorgestellten „Masterplan Migration“ aufs Schärfste.

So werde ausschließlich von „Migration“ und „Migranten“ gesprochen, die in der Asylgesetzgebung verbrieften Rechte von Schutzsuchenden hingegen völlig außer Acht gelassen. Darüber hinaus kritisierte der Verband, dass unter den zentralen Begriffen der „Steuerung“ und „Ordnung“ de facto zahlreiche neue, restriktive Regelungen eingeführt würden, die teilweise sogar über die im Koalitionsvertrag vereinbarten Absichten hinausgingen, so zum Beispiel die längere Bezugszeit von abgesenkten Leistungen nach dem AsylbLG und dem Vorrang der Sachleistungsgewährung.

Gleichzeitig fehle die ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung einer unabhängigen, also nichtstaatlichen Asylverfahrensberatung ganz. Auch die Einrichtung von sogenannten ANKER-Zentren, lehnt der Paritätische klar ab.

Armutsbericht 2018: Paritätischer korrigiert falsche Bilder der Armut und fordert neue Armutspolitik

Ein Drittel der erwachsenen Armen in Deutschland ist erwerbstätig, jede*r vierte arme Erwachsene ist in Rente oder Pension und nur ein Fünftel ist arbeitslos, so nur einer der vielen brisanten Befunde des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Der Verband, für den die Paritätische Forschungsstelle mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (DIW) gerechnet hat, legt mit dem Bericht eine aktuelle Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland vor. Ein Novum ist, dass der Bericht unter anderem erstmals der Frage nachgeht, wer die rund 13,7 Millionen Menschen, die in Deutschland in Armut leben, faktisch sind.

Er räumt dabei mit diversen Klischees und Vorurteilen auf. So trifft offenbar auch die gängige Formel, Bildung allein schütze vor Armut, nicht zu: Wie die Analyse des Paritätischen zeigt, weisen fast drei Viertel der ab 25-jährigen Armen ein mittleres oder sogar hohes Qualifikationsniveau auf.

„Es ist Zeit, dass populäre, aber falsche Bilder über Armut in Deutschland korrigiert werden. Der Bericht zeigt, dass eine Neujustierung des armutspolitischen Instrumentariums dringend nötig ist“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Mit Blick auf den hohen Anteil Erwerbstätiger (33,2 Prozent) und Rentnerinnen und Rentner (24,8 Prozent) unter der Gesamtheit der erwachsenen Armen sei es fatal, dass die Politik regelmäßig auf die vergleichsweise unterdurchschnittlichen Armutsrisikoquoten dieser Bevölkerungsgruppen verweise und das Problem der Altersarmut und der Armut trotz Arbeit herunterzuspielen versuche. Insbesondere die Kinderarmut ist laut Paritätischem Armutsbericht anhaltend und alarmierend hoch.

PARITÄT IN BEWEGUNG - THEMEN, DIE UNS BEWEG(T)EN ...

VORSTAND UND LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Beirat ist wichtiges beratendes Organ des Vorstandes

Lebe Wohl Dr. Gabriele Girke! Willkommen Anja Naumann!

DOS- Projekt zur demographieflexiblen Organisationsentwicklung & strategische Innovation im kommunalen Sozialraum

Tarifentwicklung Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG)

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege

Umsetzung des indikatorengestützten Qualitätsprüfsystems in der vollstationären Pflege

WTG Personalverordnung

Rahmenverträge/Vergütung SGB V

Vorbereitung Pflegeberufegesetz

Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen

Landesrahmenvertrag für die Eingliederungshilfe im Land Sachsen-Anhalt verhandelt

Übergangsregelung zum neuen Landesrahmenvertrag

Fach-Arbeitsgruppen „WBVG- Verträge“ und „Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen/ Kalkulation“

WTG- Mindestbauverordnung LSA

Frühkindliche Bildung und Jugendhilfe

Novellierung Kinderförderungsgesetz (KiFöG)

Quereinstieg in Erzieher*innenberuf ermöglichen

Kinder, Jugendliche und junge Volljährige von der Kostenheranziehung im Rahmen des SGB VIII befreien (Fachgespräch Sozialausschuss 21.8.2019)

Gesundheit und Selbsthilfe

Paritätischer Sachsen-Anhalt richtet 1. Mitteldeutsche Selbsthilfekonzferenz in Halle/Saale aus

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSSTELLEN

LIKO – Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking

Neue Website in ÖPNV - Kampagne beworben

Paritätisches Jugendwerk

Jugendbildungsmaßnahmen und Fortbildungen für Streitschlichter*innen und Mediator*innen

Regionalstellen/Netzwerkarbeit

Personeller Wechsel in den Regionalleitungen und konzeptionelle Neuausrichtung regionaler Verbandsarbeit

AUSGEWÄHLTE PARITÄTISCHE POSITIONEN

VORSTAND UND LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Beirat ist wichtiges beratendes Organ des Vorstandes

Der Beirat des Landesverbandes setzt sich aus den Vorsitzenden der jeweiligen Kreisgruppenbeiräte zusammen. Damit haben die Beiratsvorsitzenden als Vertreter*innen ihrer Region die Möglichkeit, unmittelbar Anliegen und Entwicklungen an den Vorstand herantragen zu können. Zur Effektivierung der Kreisgruppen-Arbeit haben sich einige Kreisgruppen zusammengeschlossen und bilden nunmehr Regionalbeiräte, wie z.B. die Kreisgruppen Altmarkkreis Salzwedel und Stendal.

Im Mittelpunkt der Beiratsarbeit standen bisher der Erfahrungsaustausch zur regionalen Verbandsarbeit und überregionalen Themen auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit den Regionalleiter*innen und der einzelnen Beiratsmitgliedern wurden Überlegungen angestellt, wie diese Arbeit für alle Beteiligten nutzbringend gestaltet werden kann, um ein gemeinsames „Wir vor Ort!“ zu schaffen. Neben spezifischen regionalen Themen z.B. die Zusammenarbeit in Jugendhilfeausschüssen, die Situation kommunaler Haushalte und die Kooperation mit der Kommunalpolitik werden zukünftig auch gemeinsame Initiativen und Projekte von Mitgliedsorganisationen notwendig sein, um regionale Entwicklungspotentiale zu erkunden und soziale Angebote als „Haltefaktoren“ für die dort lebenden Menschen vor Ort zu entwickeln.

Am 28.01.2019 traf sich der Beirat mit der Geschäftsführung und den Regionalleiter*innen zu einem gemeinsamen Workshop. Gemeinsam wurden Überlegungen zum Umgang mit demokratiefeindlicher Tendenzen und für eine Diskussion mit den Mitgliedern entwickelt. Gerade in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik und in politischen Gremien sind Strategien gegen Rechtsextremismus und zur Förderung demokratischer Strukturen dringend erforderlich. Hierzu werden vertiefende spezifische Workshops entwickelt.

Ein weiteres Thema für die Beiratsarbeit ist der Erfahrungstransfer aus den laufenden ESF-Projekten DOS und TRES und die Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse auf die regionale Arbeit und Aktivitäten bzw. die strategische Ausrichtung der Mitglieder.

Lebewohl, Dr. Gabriele Girke! Willkommen Anja Naumann!

Am 8. Februar 2019 übergab Dr. Gabriele Girke nach fast 13jährigem Wirken die Geschäftsführung des Paritätischen Sachsen-Anhalt in die Hände von Anja Naumann.

Gäste aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf Bundes- und Landesebene waren am 8. Februar 20219 Zeugen einer von großen Emotionen geprägten Veranstaltung. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt bedankte sich im Namen des Vorstandes für eine sehr intensive und gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und verabschiedete Dr. Gabriele Girke in den wohlverdienten „Unruhestand“.

Kerstin Palzer vom MDR moderierte professionell und kurzweilig Gesprächsrunden mit Weggefährtinnen und Weggefährten, die mit Dr. Gabriele Girke in fast 13 Jahren „verbunden“ waren und kitzelte so manchem Talkgast besondere Erlebnisse oder Situationen mit ihr heraus.

Zur Rolle als Geschäftsführerin des **größten Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt** standen Sozialministerin Grimm-Benne, Landkreistags-Geschäftsführer Theel, LIGA-Vorsitzender Schuth und AOK-Vorstand Nitschke Rede und Antwort.

Armut, Alterung, demographischer Wandel, Abbau sozialer Ungerechtigkeiten, Ausgrenzung einzelner Menschen aus der Gesellschaft, Förderung von Bildungsmaßnahmen und der Schutz von Menschenrechten sind nur einige Themen, die Dr. Gabriele Girke auf ihrer Agenda hatte.

Als Brückenbauerin über das Soziale hinaus in die Bereiche Gesellschaft, Wissenschaft, Sport und Kultur wurde sie auch von Vertreter*innen der Volksstimme, der Offenen Kanäle, dem SCM-Handball-Geschäftsführer Schmedt und Vorsitzendem der Landesvereinigung für Gesundheit Prof. Dr. Geiger skizziert. Langjährige Weggefährt*innen und Mitarbeiter*innen lobten Dr. Gabriele Girke als eine Frau, die nicht nur verbunden, sondern auch gefördert, vernetzt, gebildet und bewegt hat.



Amtsübergabe: Der Paritätische Sachsen-Anhalt mit neuer Chefin

Bei einem Empfang in der Zentrale des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Magdeburg hat die langjährige Geschäftsführerin Gabriele Girke (Foto, rechts) gestern ihr Amt an Nachfolgerin Anja Naumann (links) übergeben. Naumann erhielt symbolisch eine Schatztruhe von ihrer Vorgängerin. In einer Talkrunde unter dem Titel „Am

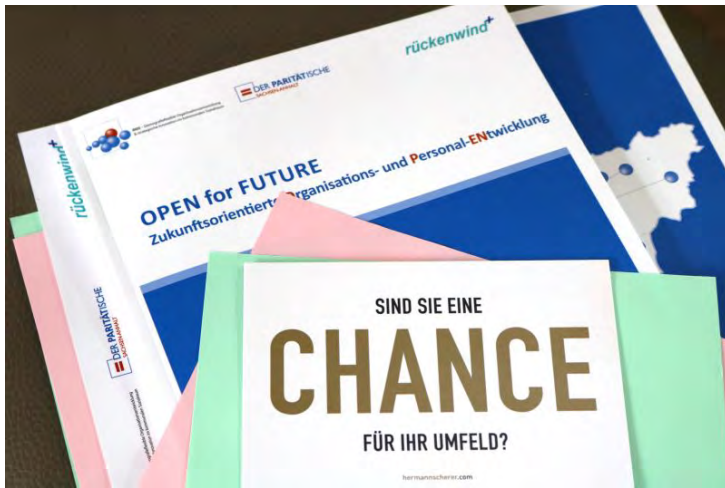
Ende geht's immer ums Anfangen“, ließen Mitarbeiter und Gäste die Arbeit des Verbands während der knapp 13 Jahre unter Leitung Girkes Revue passieren. Ein Aspekt: Seit vielen Jahren unterstützt der Paritätische die Aktion „Volksstimme - Leser helfen“. Dabei werden Leserspenden gesammelt, die in Projekte, Einrichtungen und Akti-

onen fließen, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen Hilfe anbieten. Anja Naumann will das Engagement des Paritätischen bei der Aktion fortsetzen. Faktisch hatte die Juristin die Geschäftsführung bereits zum 1. Februar übernommen. Naumann war von 2013 bis 2016 Staatssekretärin im Sozialministerium. Foto: Eroll Popova

Volksstimme, 9. Februar 2019, Foto: Eroll Popova

DOS - Demografieflexible Organisationsentwicklung und strategische Innovationen im kommunalen Sozialraum

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen haben wir uns beginnend im Jahr 2016 die Frage gestellt, ob unsere bisherigen Erfahrungen, unsere Organisationsformen und Unternehmenskulturen im Verband ausreichen, um den zukünftigen Veränderungen und Herausforderungen, wie bspw. dem Fachkräftemangel gerecht zu werden. Im Rahmen des ESF- geförderten Projekts „DOS - Demografieflexible Organisationsentwicklung und strategische Innovationen im kommunalen Sozialraum“ wurden Mitgliedsorganisationen direkt in der Umsetzung anstehender komplexer, ungewohnter und schneller Veränderungen in ihren Organisationen unterstützt und gelernt, wie wir uns den gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur anpassen, sondern sie auch beeinflussen können.



Open for future ©paritaet-Isa

Mit den Worten: „Sind Sie bereit für die Zukunft?“, eröffnete Ralf Böse, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Sachsen – Anhalt den **Paritätischen Verbandstag 2019**, der **Veränderungsprozesse in sozialen Organisationen** in den Blick nahm und gleichzeitig die Abschlussveranstaltung für das Projekt DOS war. In Gesprächsrunden tauschten sich Fach- und Führungskräfte, Personal- und Organisationsentwickler*innen über innovative Ansätze und Konzepte aus, um möglichst aktiv auf Veränderungsprozesse in Organisation reagieren zu können bzw. um sich zukunftsfähig aufzustellen bzw. zu bleiben.

In verschiedenen Workshops wie „Design Thinking“ zur kreativen Ideenfindung, um systematisch komplexe Aufgabenstellungen zu lösen oder „Hurra! Ein Widerstand!“, erprobten Führungskräfte aus der Sozialwirtschaft Lösungsmethoden im Umgang mit Veränderungsprozessen in Unternehmen.

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege

Umsetzung des indikatorengestützten Qualitätsprüfsystems in der vollstationären Pflege

Zunächst im vollstationären Pflegebereich wurde im Jahr 2019/20 der Neustart des „Qualitätsprüf- und Darstellungssystems“ unter der Überschrift „Ergebnisqualität“ vollzogen. Mit einer neugestalteten externen Qualitätsprüfung und halbjährlich durch die Einrichtungen im Zuge einer Vollerhebung zu erfassenden Ergebnisindikatoren, wird das neue Qualitätsprüfsystem somit künftig aus zwei Elementen bestehen. Die verpflichtende interne Datenerhebung durch die Einrichtungen wurde dabei mehrfach aufgrund der Coronavirus – Pandemie verschoben. Sowohl für Leistungserbringer als auch für die Prüfinstitutionen bringt die Umstellung erhebliche Aufwendungen mit sich, die von der notwendigen technischen Ausstattung bis hin zur Schulung der beteiligten Akteure reichen.

Ist die wissenschaftliche Untersetzung der neuen Systematik und der Bezug zur Ergebnisqualität unzweifelhaft als deutlicher Fortschritt zu werten, die Transparenz und Greifbarkeit der Darstellung der Ergebnisse im Qualitätsbericht für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ist dagegen wohl eher als problematisch einzuschätzen. Unser Verband hat gemeinsam mit der Paritätischen Bildungswerk Sachsen-Anhalt GmbH Mitarbeiter*innen eines Großteils unserer Mitgliedsorganisationen im Bereich Altenhilfe und Pflege zum neuen Qualitätsprüfsystem geschult und die bisherige Umsetzung eng begleitet.

Weitere ausgewählte Themen:

- WTG - Personalverordnung
- Rahmenvertrag/ Vergütung SGB V Häusliche Krankenpflege mit erheblichen Vergütungssteigerungen vor allem für tariforientiert zahlende Pflegedienste
- Vorbereitung Umsetzung Pflegeberufegesetz
- Erhebliche Steigerung der Vergütung für Beratungseinsätze nach § 37 Absatz 3 SGB XI

HILFEN FÜR MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Landesrahmenvertrag für die Eingliederungshilfe im Land Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2019 war von regelmäßigen alle 2 Wochen stattfindenden Trägertreffen der Eingliederungshilfeträger unter dem Dach des Paritätischen, von Sitzungen der LIGA Projektgruppe „Landesrahmenvertrag SGB IX“ sowie von Sitzungen des Verhandlungsgremiums nach § 131 SGB IX geprägt. Ziel war es, einen neuen Landesrahmenvertrag für die Eingliederungshilfe im Land Sachsen-Anhalt bis Ende Juni 2019 abzuschließen.

Die Ergebnisse aus der Trägerversammlung „Hilfen für Menschen mit Behinderungen“ vom 26. Juni 2019 bezüglich der Voten-Abstimmung zum neuen Landesrahmenvertrag nach § 131 Abs. 1 SGB IX waren zunächst ernüchternd. Die Trägerversammlung hatte die Empfehlung an die Geschäftsführung des Landesverbandes und den Vorstand gegeben, den vorliegenden Landesrahmenvertrag zunächst nicht zu unterzeichnen.

Der Vorstand des Landesverbandes hatte per Beschluss das ablehnende Votum der Trägerversammlung zur Kenntnis genommen. Er empfahl, unter Beachtung der paritätischen Grundsätze der Vielfalt, Transparenz und Solidarität in Verbund mit den Verbänden der LIGA die offenen Punkte in einem Gespräch auf ministerieller Ebene zu diskutieren und im Interesse der Leistungserbringer zu klären.

Nach mehreren Gesprächsrunden mit dem Sozialministerium, konnte ein erneutes Abstimmungsverfahren zum Rahmenvertrag am 26. Juli 2019 stattfinden. An diesem Tag wurde entsprechend der Geschäftsordnung der Trägerversammlung „Hilfen für Menschen mit Behinderungen“ mit einer qualifizierten Mehrheit der einschlägigen Träger dem neuen Landesrahmenvertrag seitens der Leistungserbringer unter dem Dach des Paritätischen zugestimmt und der Verband mandatiert, den Rahmenvertrag zu zeichnen. Die Unterzeichnung des Rahmenvertrages des Landes Sachsen-Anhalt nach § 131 Abs. 1 SGB IX erfolgte am Mittwoch, den 14. August 2019 im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration.

Übergangsregelung zum neuen Landesrahmenvertrag

Mit dieser Regelung sollte der Übergang der Leistungen in der Eingliederungshilfe von dem bis zum 31.12.2019 geltenden Vertragsrecht im Sinne des 10. Kapitels SGB XII in das ab dem 01.01.2020 anzuwendende Vertragsrecht im Sinne des 8. Kapitels des 2. Teils SGB IX unter Berücksichtigung von Personal- und Sachkostensteigerungen gestaltet werden. Die Vereinbarung wurde als Bestandteil des Rahmenvertrages des Landes Sachsen-Anhalt nach § 131 Abs. 1 SGB IX für einen Zeitraum von 2 Jahren befristet. Trotzdem waren auch hier immer wieder Klarstellungen von Nöten, zahlreiche Problemkonstellationen mussten „nachverhandelt“ werden z.B. die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) und einschlägigen Tagesstätten, Beiträge zur Berufsgenossenschaft in den WfbM, Gruppenweitkräfte, Eingruppierung, Finanzierung, Kostenübernahmen im Einzelfall ab 01.01.2020 sowie die Abwesenheitsregelung und der Investitionsbetrag. Anhand der Fülle ungeklärter Punkte wird deutlich, wie umfang- und detailreich die Nachverhandlungen sind und welches Zeitpotenzial von allen Seiten notwendig war.

Fach-Arbeitsgruppen „WBVG- Verträge“ und „Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen/ Kalkulation“

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und der notwendigen Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen war es auch erforderlich, sich zu einer Vielzahl von Einzelthemen innerhalb von Fach-Arbeitsgruppen auszutauschen. In Fach-Arbeitsgruppen „WBVG-Verträge“ und „Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen/ Kalkulation“ wurden Vorlagen zusammen mit den Trägern/ Leistungserbringern erläutert, diskutiert und auch zur Empfehlung an die Trägerschaft versandt.

WTG- Mindestbauverordnung LSA

Im April 2019 gab es vom Sozialministerium einen ersten Entwurf für eine neue Verordnung über bauliche Mindestanforderungen für stationäre Einrichtungen und sonstige nicht selbstorganisierte Wohnformen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (WTG-MindestbauVO).

In mehreren Austauschforen haben Träger/Leistungserbringer Einschätzungen zu monetären Folgen vorgenommen und wichtige Hinweise in die Diskussion über die neue Verordnung eingebracht, die zu einer Stellungnahme gegenüber dem Ministerium führten.

Im Wesentlichen ging es im neuen Verordnungsentwurf um die Abschaffung von Drei- und Vierbettzimmern, eine 80 % Einzelzimmerquote und die Erhöhung des Wohnraums auf 14 m² bei Einzelzimmern und 22 m² bei Doppelzimmern.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND JUGENDHILFE

Novellierung Kinderförderungsgesetzes (KiFöG)

Das Jahr 2019 war u.a. geprägt durch die Themen im Zusammenhang mit der Novellierung des KiFöGs: u.a. Rechtsanspruch auf Betreuung über 8/10 Stunden ab 01.08.2019, Stundenstaffelung, Fachberatung, Kostenblatt, Geschwisterregelung, Verpflegungskosten und Kindertageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen.

Der Verband hat in diesem Jahr begonnen, regelmäßig Austauschforen anzubieten, um eine enge Begleitung der Umsetzung des novellierten KiFöGs sicherzustellen. In vier Austauschforen wurden die Auswirkungen der Novellierung diskutiert und sich daraus ableitende Problemlagen eruiert. Für die Umsetzung der Neuregelungen wurden seitens des Verbandes „Paritätische Handlungsempfehlungen“ für die Träger erarbeitet.

Im Fokus waren dabei insbesondere auch: die Entwicklung der Kostenbeitragsatzungen, Beteiligungsverfahren bei der Neufassung, Kostenentwicklungen, Vertragsgestaltungen und Stundenstaffelungen für den Hort sowie die erkennbaren Auswirkungen der 8 Stunden-Regelung auf die Dienstplangestaltung in den Einrichtungen.

Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf ermöglichen

Im Rahmen des Bundesqualitätsgesetzes für Kindertageseinrichtungen (KiQuTG) hat der Paritätische gemeinsam mit der LIGA dem Land vorgeschlagen, die Mittel für eine Weiterführung des Quereinstieges in die Erzieher*innenausbildung zu geben. Dem Fachkräftemangel im Land sollte etwas nachhaltig Wirksames entgegengesetzt werden.

Nachdem sich der Verband dafür eingesetzt hat, Quereinsteiger*innen als eine wertvolle Reserve für die zukünftige Fachkräftegewinnung in Sachsen-Anhalt zu erschließen, ging es auch darum, frühzeitig dafür Sorge zu tragen, einen Teil der landesweit (voraussichtlich limitierten) geförderten Ausbildungsplätze für die Einrichtungen der Träger zu sichern.

Fachtag des Paritätischen Landesverbandes Sachsen-Anhalt: „30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Mit einer unabhängigen Ombudsstelle die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt stärken“ (13.12.2019)

Ombudschafft bzw. ombudschafftliche Beratung soll als fester Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe etabliert werden und wird bereits in anderen Bundesländern gewährleistet. Es ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene und Familien, die „Hilfen zur Erziehung“ in Anspruch nehmen und leistet Vermittlungsarbeit zwischen den Leistungsberechtigten und Leistungsträgern z.B. wenn es Konflikte oder Missverständnisse zwischen beiden Seiten gibt.

Der Paritätische setzt sich seit fast einem Jahrzehnt für die ombudschafftliche Beratung von Kindern, Jugendlichen (und deren Familien) im Bereich der Hilfen zur Erziehung sowohl für die Leistungsgewährung als auch –erbringung ein, die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu stärken und gleichzeitig die Qualität der Jugendhilfepraxis im Land zu verbessern. Der Fachtag beleuchtete das Thema in seiner Vielfalt - es wurde die Forderung nach der Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle durch das Land aufgemacht.

GESUNDHEIT UND SELBSTHILFE

Paritätischer Sachsen-Anhalt richtet 1. Mitteldeutsche Selbsthilfekonferenz aus

Unter dem Motto **Wir hilft** fand vom 18. bis zum 26. Mai 2019 die erste bundesweite Aktionswoche Selbsthilfe statt. Die „Aktionswoche Selbsthilfe“ ist eine Initiative des Paritätischen Gesamtverbandes und der Paritätischen Landesverbände. Der Paritätische Sachsen-Anhalt war in der Projektgruppe des Gesamtverbandes zur Erarbeitung des Konzeptes aktiv beteiligt. Am 18. Mai 2019 fand in Halle (Saale) die 1. Mitteldeutsche Selbsthilfekonferenz statt, zu der sich rund 400 Akteure aus Selbsthilfegruppen, -kontaktstellen und –organisationen aus den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen angemeldet haben. In spannenden Foren wurden Themen wie Digitalisierung und Kommunikationskultur beleuchtet.



Organisiert und erstmalig ausgerichtet vom Paritätischen Landesverband Sachsen-Anhalt, wartete die Konferenz mit spannenden Vorträgen und vielfältigen thematischen Foren auf. So gaben Referent*innen Einblicke in Themen wie „Digitalisierung in der Selbsthilfe“ sowie in den Einsatz von Lachyoga in der Selbsthilfe. Renommiertere Rednerinnen wie die Wissenschaftsjournalistin der Süddeutschen Zeitung, Dr. Christina Berndt, und die Kommunikationsexpertin Celina Schareck, waren als Keynote Speaker vor Ort. Rund um die Veranstaltung präsentieren sich verschiedene Selbsthilfegruppen und Organisationen mit ihren Angeboten.

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSSTELLEN

LIKO - Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking
Webseite www.gewaltfreies-sachsen-anhalt.de ist online



(c) H. Liensmann

Die LIKO koordiniert als landesweites Vernetzungsgremium die freien Träger im Bereich des Opferschutzes im „Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt“. So wird eine trägerübergreifende Vernetzung zur Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum gewährleistet. 2019 initiierte LIKO gemeinsam mit dem Landesnetzwerk eine Kampagne „Gegen häusliche Gewalt im ländlichen Raum“. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, wurde die neue Webseite www.gewaltfreies-sachsen-anhalt.de auf Türhänger gedruckt und in den S-Bahnen Mitteldeutschland und Mittelelbe verteilt. So können Betroffene noch schneller Hilfe und die Kontaktadressen von

Fachberatungsstellen und Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt finden. Die Kampagne wurde im November 2019 mit einer S-Bahnfahrt eröffnet. Zwei Wochen lang rollten die Türhänger mit den Informationen zu der neuen Website über 932 Streckenkilometer von A wie Angern bis Z wie Zahna.

(Foto © H. Liensmann)

Paritätisches Jugendwerk

Im Rahmen des Jahresprogrammes 2019 fanden 24 Bildungsmaßnahmen an 79 Tagen mit 467 einzelnen Teilnehmer*innen statt. Die Teilnehmer*innen kamen aus 10 Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts.

Die Mitwirkung in landesweiten Gremien, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen und der Mitgliedsorganisationen zu vertreten, ist ebenso ein Schwerpunkt wie die Gestaltung außerschulischer Jugendbildungsangebote und Fortbildungen für engagierte Ehrenamtliche im Paritätischen Jugendwerk. Die Vielfalt der thematischen Angebote reicht von „Ehrenamt an Bord“ einem Segelbildungsangebot für die in der Kinder- und Jugendarbeit ehrenamtlich engagierten Menschen bis hin zur Demokratiebildung mit einem Blick nach Berlin sowie zur konstruktiven Konfliktlösung.

Zahlreiche Rückmeldungen gab es für die Bildungsmaßnahmen „Über Gefühle und faires Miteinander“ für Mediator*innen und Streitschlichter*innen, die regelmäßig durchgeführt und ausgebucht sind. Aufgrund einer großen Nachfrage wurden 2019 zwei Bildungsmaßnahmen „Über Gefühle und faires Miteinander“ durchgeführt. Der Bedarf an konstruktiver Konfliktlösung ist enorm, wie auch das Interesse und die Teilnahme an den Projekten deutlich werden ließ. Darüber hinaus fand das Projekt „Upcycling – Aus alt, mach neu“ großen Anklang und ist ein fester Bestandteil der Bildungsangebote im PJW geworden.

Mit dem April 2019 gab es einen Wechsel in der Stelle des Jugendbildungsreferenten. Nadine Schulz übernahm die Leitung des Paritätisches Jugendwerkes von Rolf Hanselmann, der in die Regionalstelle Mitte-West wechselte.

REGIONALSTELLEN/NETZWERKARBEIT

Wechsel in den Leitungen der Regionalstellen

Die regionale Verbandsarbeit und die damit verbundene unmittelbare Vertretung des Verbandes in den Regionen bzw. Landkreisen gehört zum selbstverständlichen Angebot des Paritätischen Sachsen-Anhalt. Die Regionalleiter*innen sind Ansprechpartner*innen für Mitglieder in den Regionen, vertreten deren Interessen in politischen Gremien und in Verwaltungen – sie sind aber auch Netzwerker*innen für Mitglieder untereinander und zu Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, Kultur und des öffentlichen Lebens.

In den Jahren 2018 bis 2020 sind drei von insgesamt vier Regionalleiter*innen in den verdienten Ruhestand gewechselt und haben die verantwortungsvolle Aufgabe an ihre Nachfolger*innen übergeben:

- 2018 Petra Nickel an Nicole Hitzegrad (Regionalstelle Mitte- Ost)
- 2019 Gabriele Haberland an Rolf Hanselmann (Regionalstelle Mitte- West)
- 2020 Bernd Zürcher an Dorit Schubert (Regionalstelle Nord)

Mit dem Wechsel wurde ein Prozess der Neukonzeptionierung und Gestaltung der regionalen Verbandsarbeit gestartet, der in den nächsten Jahren vollzogen werden soll und an den veränderten Bedarfen mit Mitgliedsorganisationen in den Regionen ausgerichtet ist. Das Konzept wurde vom Vorstand beschlossen und den Mitgliedern des Beirates 2018 vorgestellt.

Erklärung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zum Anschlag in Halle: Plurale Gesellschaft und Demokratie brauchen unsere Unterstützung:

Zum Anschlag auf eine Synagoge in Halle erklärte Wolfgang Schuth, Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt:

„Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt e. V. verurteilen den Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Halle, der ein Angriff auf das jüdische Leben und damit auf die religiöse Vielfalt in unserer Region ist. Wir sind erschrocken über den blinden Hass, der ohne Mitgefühl zufällige Opfer auswählt und kaltblütig Menschen tötet. Mit Mitteln der Gewalt versuchen Rechtsradikale ihre menschenverachtende Weltsicht durchzusetzen. Dies lehnen wir deutlich ab! Denn wir LIGA-Verbände stehen für eine plurale und offene Gesellschaft, die ihre Konflikte nach demokratischen Regeln aushandelt. Dieses erschütternde Ereignis verstehen wir als Aufruf, sich vielfältig für die Demokratie und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen und Religionen einzusetzen.“

AUSGEWÄHLTE PARITÄTISCHE POSITIONEN

Bündnis für Schulsozialarbeit startete Unterschriftenaktion; im Jahr 2019 muss das Land Lösungen präsentieren

Das Bündnis „Schulsozialarbeit dauerhaft verankern“, an dem auch der Paritätische aktiv mitwirkt und das der LIGA angegliedert ist, warb bei der Bevölkerung um Unterstützung. Mit der Sammlung möglichst vieler Unterschriften sollten die Bedeutung und der Wert der Schulsozialarbeit den politisch Verantwortlichen nochmals veranschaulicht werden.

Die Aktion lief bis zum 15. April 2019, die Unterschriften wurden anschließend der Landesregierung übergeben.

Schulsozialarbeit ist aus dem schulischen Leben nicht mehr wegzudenken. Momentan unterbreiten rund 400 sozialpädagogische Fachkräfte viele Projekte und Angebote für die Schulkinder in Sachsen-Anhalt. Ihr Bestand ist jedoch weiterhin gefährdet, obwohl sich der Landtag Ende 2018 öffentlich zur Schulsozialarbeit bekannt hat. Darum forderte das Bündnis mit der landesweiten Unterschriftensammlung:

1. die Landesregierung auf, umgehend ein Konzept zur nachhaltigen Implementierung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt vorzulegen,
2. den Landtag auf, im Doppelhaushalt 2020/2021 Vorsorge zu treffen, um eine flächendeckende Versorgung aller Schulen mit Schulsozialarbeiter*innen sowie den Erhalt der Netzwerkstellen zu gewährleisten, und
3. dass die bestehenden Schulsozialarbeitsprojekte sowie die Netzwerkstellen weitergeführt werden müssen.

Pflegeversicherung: Paritätischer begrüßt SPD-Vorschläge zur Begrenzung des Eigenanteils in der Pflege

Positiv reagierte der Paritätische Wohlfahrtsverband auf den Vorstoß der Sozialdemokraten, den Eigenanteil der Pflegekosten für Pflegebedürftige und ihre Angehörige zu deckeln und stattdessen die Pflegekassen stärker in die Pflicht zu nehmen. Es handle sich hier um eine echte und überfällige Neuausrichtung, um künftig nicht nur gute Pflege zu gewährleisten, sondern die Betroffenen auch vor Armut zu schützen.

„Nach dem ganzen Klein-Klein in der Pflegepolitik wagt nun eine Regierungspartei endlich den notwendigen großen Wurf. Es ist höchste Zeit, dass aus dem Zuschuss der Pflegekasse eine verlässliche Versicherung wird, die den Betroffenen Sicherheit gibt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Die Sozialhilfequote von fast 40 Prozent unter Pflegeheimbewohnern zeige, dass die Pflegeversicherung bei der Absicherung der Pflege bisher kläglich versagt. Eine Deckelung des Eigenanteils, wie von der SPD vorgeschlagen, sowie neue Ansätze zur solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung seien vor diesem Hintergrund ein zentraler Schritt. Der Paritätische spricht sich dafür aus, den Eigenanteil bei den Pflegekosten für die Betroffenen generell auf 15 Prozent zu deckeln. Ausdrücklich stellt sich der Verband auch hinter die Forderung nach der Schaffung einer einheitlichen solidarischen Bürgerversicherung für alle.

Paritätischer fordert Familienpflegegeld zur Unterstützung pflegender Angehöriger

Ein „Familienpflegegeld“ zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband angesichts der extrem hohen Zahl pflegender Angehöriger.

Laut Statistischem Bundesamt werden 1,76 Millionen pflegebedürftige Menschen von Angehörigen zu Hause gepflegt, was fast die Hälfte aller Pflegebedürftigen in Deutschland ausmacht (3,41 Millionen Menschen). In Anlehnung an das Elterngeld fordert der Verband einen Rechtsanspruch auf Freistellung vom Arbeitsplatz und eine staatliche Lohnersatzleistung. Darüber hinaus fordert der Paritätische die Stärkung von Angeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger, wie Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege.

Paritätischer fordert Gleichbehandlung aller Kinder und Jugendlicher

Als „massive Ungleichbehandlung“ bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband die Trennung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung im derzeitigen Sozialleistungssystem. Der Verband fordert, den Ausschluss von jungen Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen aus dem Kinder- und Jugendhilferecht sofort zu beenden.

Der Paritätische fordert die Zusammenführung der Leistungen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung im Kinder- und Jugendhilferecht. Alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe müssen inklusiv gestaltet werden, so dass jedes Kind mitmachen und teilhaben kann. Das gilt für die Wohngruppe für Kinder und Jugendliche genauso wie für Beratungsangebote oder die Jugendarbeit.

Der Paritätische Landesverband unterstützt die Forderung nach einem inklusiven Kinder- und Jugendhilferecht ausdrücklich. Nur so wird gewährleistet, dass bedarfsgerechte Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen aus einer Hand erfolgt und alle Angebote von der Kita bis zum Jugendclub inklusiv arbeiten können.

PARITÄT IN BEWEGUNG - THEMEN, DIE UNS BEWEG(T)EN ...

SOZIALE ARBEIT IST SYSTEMRELEVANT – DER PARITÄTISCHE UND SEINE MITGLIEDS-ORGANISATIONEN IN DER CORONA-KRISE

Neue Formen des Arbeitens und der Kommunikation
Soziale Dienstleistungen trotz Einschränkungen sichergestellt
Flexibilität und Verlässlichkeit als Markenzeichen des Paritätischen in der Krise

VORSTAND UND LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Unterstützung des Volksbegehrens „Den Mangel beenden“
Verschiebung der Mitgliederversammlung – Vorstand bleibt ein weiteres Jahr verantwortungsvoll im Amt
Neue Landesgeschäftsführung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt berufen

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege und Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen

Schutz besonders vulnerabler Gruppen-/ Besuchsverbote, Schutzausrüstung, Testungen
Begleitung von Einrichtungen im Pandemiemodus
Vorbereitung der Impfungen

Frühkindliche Bildung und Jugendhilfe

Betreuung trotz Corona sicherstellen: Kitas und Schulen schließen ab 16.03.2020
Barbeiträge gemäß § 39 Abs.2 SGB VIII in der Kinder- und Jugendhilfe
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen“- SGB VIII Reform
Ombudschäftliche Beratung in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts

Gesundheit und Selbsthilfe

Verlautbarungen des Robert- Koch-Instituts (RKI) - der neue Maßstab in der Pandemie
Hygienekonzepte, Arbeitsschutzregelungen, Testungen und Vorbereitung von Impfungen
Selbsthilfekontaktstellen auch in Pandemie ansprechbar

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSTELLEN

LIKO – Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking

Gerade in der Pandemie wichtig: ein besonderer Blick auf von Gewalt bedrohte Frauen und Familie

Paritätisches Jugendwerk

Umstellung von Präsenz – Angeboten und Schulungen auf Online-Formate

Regionalstellen/Netzwerkarbeit

Mitwirkung in regionalen Krisenstäben ermöglicht unmittelbare Einflussnahme
Regionale Verteilung von Masken- Spenden wurde dankbar angenommen

AUSGEWÄHLTE PARITÄTISCHE POSITIONEN

Vorstand und Landesgeschäftsführung

Wir brauchen kein Reförmchen, sondern eine echte Bildungsreform! PARITÄTISCHER unterstützt Volksbegehren

Mit dem Volksbegehren „Den Mangel beenden“ forderte Anfang des Jahres 2020 ein breites Bündnis der Zivilgesellschaft eine Änderung des Schulgesetzes. Verbindlich sollen die Lehrer-Schüler-Relationen festgeschrieben und pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen in ihren Funktionen und Aufgaben festgeschrieben werden. Der Paritätische Sachsen-Anhalt hat dieses Volksbegehren unterstützt und zugleich eine grundlegende Bildungsreform gefordert. Schon vor Jahren hat der Paritätische dazu mit seinen Bildungsthesen sein Verständnis eines ganzheitlichen und inklusiven Bildungsbegriffs definiert. Diese Thesen haben nichts an Aktualität verloren. Sie gehören in die öffentliche Diskussion und Verständigung über die Rolle von Schule.

Das Schulgesetz sichert das Recht der Schülerinnen und Schüler „auf eine seine Begabungen, seine Fähigkeiten und seine Neigung fördernde Erziehung, Bildung und Ausbildung“. Das schließt die Vorbereitung auf die Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft ein. Die Gesellschaft steht in einem tiefgreifenden Wandel, Digitalisierung wird sie und auch die Rolle des Einzelnen in seiner sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung viel stärker verändern, als es das auf Wissensvermittlung orientierte Schulsystems derzeit abbilden kann. Daher braucht es dringend Offenheit für schulische und bildungspolitische Veränderungsprozesse und Raum für eigene kreative Wege der Schulen. Es bedarf eines gut begleiteten und reflektierten Change-Managements in den Schulen unseres Landes, der damit zugleich deutlich macht, dass das Thema „Bildung“ neben der Frage des sozialen Zusammenhalts eines der gesellschaftlichen Schlüsselthemen der Zukunft ist.

Mitglieder votieren für Verschiebung der Mitgliederversammlung auf 2021

Erstmals in der Geschichte unseres Verbandes sah sich der Vorstand gezwungen, eine Mitgliederversammlung zu verschieben und Feierlichkeiten zu einem Verbandsjubiläum abzusagen. Diese Entscheidungen zu treffen, fiel dem Vorstand nicht leicht. Letztlich stand und steht für den Vorstand im Vordergrund, seine Mitgliedsorganisationen, die größtenteils in sensiblen Bereichen der Sozialwirtschaft tätig sind und die ihnen anvertrauten Menschen, zu schützen bzw. Voraussetzungen für eine angemessene Mitwirkung der Mitglieder an der Willensbildung des Verbandes zu schaffen.

Aus diesem Grunde hat der Vorstand ein Votum der Mitglieder zu dieser Entscheidung eingeholt. Der Vorstand ist dankbar für die rege Beteiligung und das ausgesprochene Vertrauen in seine Arbeit sowie das Wirken der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Sachsen-Anhalt.

Alle Vorstandsmitglieder haben sich bereit erklärt, ein weiteres Jahr ehrenamtlich im Vorstand mitzuwirken. Gerade in Zeiten der Pandemie, die verlässlicher und leistungsfähiger Strukturen bedarf, war es wichtig einen handlungsfähigen Vorstand zu haben, der den Verband sicher durch diese herausfordernde Zeit steuert.

DER PARITÄTISCHE SACHSEN-ANHALT – STARKER PARTNER IN DER KRISE

Bereits Ende Februar 2020 haben die Referentinnen und Referenten des Dachverbandes die Mitgliedsorganisationen mit Informationen zum Umgang mit dem Coronavirus versorgt. Auf der Homepage wurde am 12. März 2020 ein Informationsbereich zum Thema Corona- Pandemie eingerichtet und ein unmittelbarer Zugang zu tagaktuellen und verständlichen Informationen sichergestellt.

Mit Inkrafttreten der 1. SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung im Land Sachsen-Anhalt setzte eine kaum zu überschauende Informationsflut in allen Bereichen des Verbandes ein. In Referaten, Regionalstellen und Projekten traten Fragen und nie dagewesene Fallkonstellationen auf, die es galt zu prüfen und zu beantworten.

Von Beginn an war es Ziel und Ansporn aller Mitarbeiter*innen des Verbandes, schnelle, umfassende und verwertbare Informationen an die Mitgliedsorganisationen zu geben und die Sicherheit zu vermitteln, als verlässliche Ansprechpartner*innen in dieser herausfordernden Situation zur Seite zu stehen.

Insgesamt wurden in den unterschiedlichen Phasen der Pandemie im Jahr 2020 über **537 Fachinformationen, davon 480 zur Corona – Pandemie** erstellt. Häufig kamen die Eindämmungsverordnungen des Landes am Freitagnachmittag und traten Montag in Kraft. Eine große Herausforderung für die Landesgeschäftsstelle - aber in erster Linie für die Einrichtungen und Dienste der sozialen Arbeit.

Alle Mitarbeitenden und Ehrenamtliche waren in besondere Art und Weise gefordert:

Pflegebedürftige und Menschen mit Beeinträchtigungen in geschlossenen Einrichtungen und mit eingeschränktem Kontakt zu den Angehörigen bedurften besonderer Zuwendung – neben dem Schutz vor Infektionen.

Die schrittweise Öffnung von Einrichtungen für Besucher*innen unter Einhaltung strengster Hygieneregeln, das Entwickeln von Testkonzepten und die Vorbereitung der Impfungen bedeutete ein Arbeiten an der Belastungsgrenze.

Geschlossene Kitas und Schulen erforderten eine „Rund um die Uhr Betreuung“ in stationären Einrichtungen der Erziehungshilfen inklusive Beschulung – auch an Feiertagen.

Beratungsstellen sichert den Kontakt zu Ratsuchenden über Telefon und digitale Formate ab: geschlossene Türen - aber offene Ohren um Beratungsprozesse nicht abreißen zu lassen.

Die Sicherung des Kinderschutzes bei eingeschränkten Zugängen zu Familien in Krisensituationen machte neue Konzepte erforderlich.

Senioren-Treffs, Freizeiteinrichtungen und Bildungshäuser suchten nach Wegen, den Kontakt zu den Menschen nicht abreißen zu lassen.

In den Zeiten der Pandemie und des Lockdowns hat der Paritätische gezeigt:

Wir sind ein verlässlicher und engagierter Partner, wenn Menschen professionelle Hilfe und Unterstützung brauchen – soziale Arbeit ist systemrelevant und wertvoll für die Gesellschaft.

**Soziale Arbeit ist
WERT:VOLL**

Sehr schnell wurde die Kommunikation mit den Mitgliedsorganisationen umgestellt: Telefon- und Videokonferenzen bestimmten den Alltag in der Pandemie. Dadurch wurde der Austausch mit den Mitgliedsorganisationen und zu Verwaltungen sichergestellt und die verbandliche Arbeit gewährleistet.

Durch die Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern unseres Verbandes in Krisenstäben auf regionaler und Landesebene konnten Hinweise und Empfehlungen aus dem Bereich der Praxis an die politischen Entscheidungsträger gegeben werden. Damit haben wir einen wichtigen Beitrag geleistet, dass die Sozialwirtschaft als wichtiger Grundpfeiler der Zivilgesellschaft wahrgenommen wurde.

Ebenso forderte der Paritätische sofortige und umfassende Finanzhilfen für gemeinnützige Einrichtungen und Anbieter sozialer Dienstleistungen und machte deutlich, dass gemeinnützige Träger anders als kommerzielle Anbieter kaum Risikorücklagen bilden dürfen.

Aktion Maskenspende

Wir haben Abfragen zu dringend benötigtem Schutzmaterial gestartet und konnten über eine Aktion des Paritätischen Gesamtverbandes die Mitgliedsorganisationen mit Schutzmasken versorgen. Durch eine Spende des BASF wurden für den Bereich der Freien Wohlfahrtspflege über 400.000 Einwegmasken bereitgestellt und in Sachsen-Anhalt an die Mitgliedsorganisationen verteilt.

Paritätischer Wohlfahrtsverband und SCM - stark für Menschenrechte! Soziale Partnerschaft brachte Bundesliga-Handballer in die Regionen

Gemeinsam mit dem SC Magdeburg hat der Paritätische Sachsen-Anhalt sich für mehr Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt im Sport und den Schutz von Menschenrechten eingesetzt und in gemeinsamen Aktionen auf soziales Ungleichgewicht aufmerksam gemacht. Seit 2018 steht die Partnerschaft im Zeichen der Kampagne „Mensch, du hast Recht!“ Mit der „SCM-Tour für Vielfalt“ sorgten die Partner für „bewegende“ Momente in den Regionen. Paritätische Mitgliedsorganisationen nutzten mit Kooperationspartnern die gemeinsame Trainingseinheit mit Handballprofis, um Kinder und Jugendliche aus ihrer Region an den Handballsport heranzuführen und für das Thema des Schutzes von Menschenrechten zu sensibilisieren. Unter war die Tour 2018 bis Januar 2020 zu Gast in Parey/Elbe, Haldensleben, Magdeburg, Schönebeck, Zeitz, Altenweddingen.

Besondere Höhepunkte für unsere Mitglieder waren die Präsenz bei den Saisonöffnungen des SCM oder direkt bei den Bundesligaspielen in der GETEC-Arena. Die Handballer des SC Magdeburg trugen zu je einem Bundesligaspiel 2018, 2019 und 2020 unser Logo „Mensch Du hast Recht“ bzw. „Ort für Menschenrechte auf Ihren Trikots.

Im Pandemiejahr 2020 haben SCM und der Paritätische eine neue Form gefunden, die gemeinsame Botschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit der Challenge „**Fit für Menschenrechte – Wir bleiben am Ball!**“ riefen die Partner im Dezember 2020 Kitas, Schulen, Heime und soziale Einrichtungen auf, sich kreativ mit der Thema der Menschenrechte zu beschäftigen. Es sind schon einige originelle Beiträge entstanden, weitere angekündigt. Bis zum Ende der Challenge am 10. Dezember 2021 werden Gewinner-Teams ermittelt und tolle Preise verteilt.



© Jesko Döring

FACHLICHES

Altenhilfe und Pflege

Bewältigung der Corona Pandemie

Das Jahr 2020 wurde durch die Anstrengungen zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie geprägt. In bisher unbekanntem Ausmaß einer Krise galt es, unsere Mitgliedsorganisationen in der Altenhilfe und Pflege äußerst schnell und umfassend in verschiedensten Belangen zu begleiten und zu unterstützen. Dabei standen unter anderem die Beratung zu Hygienekonzepten und Pandemieplänen, die Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung, die Information zu RKI – Empfehlungen und Landesverordnungen, die Umsetzung der Testverordnungen, die Vorbereitung der Impfungen der betreuten Pflegebedürftigen in Einrichtungen und Diensten sowie der Mitarbeiter*innen im Fokus.

Eine besondere Herausforderung war zudem die Begleitung unserer Mitgliedsorganisationen bei der Vorbereitung und Umsetzung der Coronaprämie für die Beschäftigten in der Pflege. Für die Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen hatte und hat die Information zur Erstattung der Minder-einnahmen und Mehrausgaben über den Pflege – Schutzschirm eine besondere Bedeutung.

Pflegeberufegesetz

Mit dem Pflegeberufe-Reformgesetz aus dem Jahr 2017 stellte der Gesetzgeber die Ausbildung der Pflegeberufe zum Ausbildungsjahr 2020 grundsätzlich um und etablierte so das generalisierte Berufsbild der Pflegefachfrau bzw. des Pflegefachmannes. Neben der Ausbildungsstruktur, den Kooperationsvereinbarungen zwischen Trägern der Ausbildung und den Einsatzstellen und der generellen Frage der Ausbildungsorganisation stand die Refinanzierung der Ausbildungskosten im Zentrum der Aufmerksamkeit. Zahlreiche der vereinbarten Regelungen und Verhandlungsergebnisse zu dieser Thematik werfen nach wie vor einige Fragen auf bzw. müssen Verwaltungsabläufe optimiert werden.

Personalbemessung

Eine vereinbarte Maßnahme der „Konzertierten Aktion Pflege“ ist, das entwickelte, einheitliche Personalbemessungsverfahren für die vollstationäre Pflege in geeigneten Schritten zügig umzusetzen. Der sich im Bereich „Assistenz- und Hilfskräfte“ abbildende Personalmehrbedarf bedeutet, dass in Zukunft eine pauschale Fachkraftquote, die unabhängig vom Pflegegradmix der Einrichtung wirkt, nicht mehr mit dem System der Personalbemessung kompatibel sein wird. Notwendig ist daher ein Aufbrechen der starren Fachkraftquoten in den ordnungsrechtlichen Grundlagen, in Sachsen - Anhalt dementsprechend die WTG – Personalverordnung. Mit ersten Schritten durch das Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege erfolgt seit dem Jahr 2021 bereits eine erste Personalmehrung. Unsere Mitgliedsorganisationen werden in der Antragstellung begleitet, auf Landesebene wird mit den Kostenträgern das entsprechende Antragsverfahren abgestimmt.

Weitere ausgewählte Themen:

Pflegereform 2022 mit Reduzierung der finanziellen Belastung der Pflegebedürftigen im vollstationären Pflegebereich

Vorbereitung und Beratung zur verpflichtenden tariflichen bzw. tariforientierten Bezahlung der Pflegekräfte ab September 2022

Optimierung des Antragsverfahrens nach § 82 Abs. 3 SGB XI- Zustimmung zur gesonderten Inrechnungstellung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen

HILFEN FÜR MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Landesrahmenvertrag BTHG

Der neue Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt nach § 131 Abs. 1 SGB IX für die Eingliederungshilfe trat mit seiner Übergangsregelung am 1.1.2020 in Kraft. Zunächst ging es in der verbandlichen Arbeit um die Begleitung des beginnenden Umsetzungsprozesses des Rahmenvertrags mit der Übergangsregelung. Darüber hinaus erforderten die Ausgestaltung des Rahmenvertrags auf der Ebene der Vertragspartner sowie die weitere Verhandlung von offenen Punkten des Rahmenvertrags in der Vertragskommission „GK 131“ besondere Fokussierung mit umfangreicher Begleitung und Einbeziehung von Trägern/ Leistungserbringern.

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie haben die Umsetzung des Rahmenvertrages beeinflusst. Hier galt es im Besonderen auf der Basis einer gut funktionierenden Kommunikationsebene mit dem Land / dem Leistungsträger die offenen Fragen für Einrichtungen der Eingliederungshilfe umgehend zu klären. Dabei ging es insbesondere darum, die Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die Eingliederungshilfe in den Blick zunehmen und gleichzeitig die Leistungsansprüche von Menschen mit Beeinträchtigungen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Teilhabe durch geeignete Maßnahmen und Beschlüsse auf Landesebene aufrechtzuerhalten.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND JUGENDHILFE

Kitas und Schulen schließen ab 16.03.2020

Auf der Pressekonferenz der Landesregierung wurde am 13.03.2020 bekanntgegeben, dass alle Kindertageseinrichtungen ab dem 16. März pandemiebedingt zu schließen sind. Für Kinder, deren Eltern nicht selbst die Betreuung übernehmen oder privat organisiert bekommen, wurde eine Notbetreuung angeboten.

Seit Anbeginn der Pandemie wurden täglich zahlreiche Informationen aufgearbeitet und sofort an die Träger weitergeleitet. U.a. ging es um „systemrelevante Berufsgruppen“, „Schlüsselpersonen“, Umgang mit Kostenbeiträgen der Eltern für die Schließzeit, Quarantäne, Entschädigungen bei Quarantäne, Tätigkeitsverbot oder Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen, Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung in Kita/Hort/Hilfen zur Erziehung, Umgang mit Heimfahrten/Besuchsregelungen in stationären Einrichtungen aktuelle Hygieneanforderungen, Schüler*innenbeförderung, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Unterricht nach Möglichkeit in Kleingruppen, Kita-Öffnung, "eingeschränkter Regelbetrieb", Hygienekonzept für Kitas, „Risikogruppen“ in der Mitarbeiterschaft, Ferienlager unter Einhaltung von Hygiene- und Schutzmaßnahmen, Kohortenbildung, aktuelle Erlasse des Sozialministeriums zur Kindertagesbetreuung, Testverordnung, pandemiebedingte Zusatzkosten, Kommunikation mit den Jugendämtern, Finanzierung ambulanter Hilfen...

Situationsbedingt erfolgte neben den Fachinfos der Austausch zu den Themen und Fragestellungen der Träger in vielen digitalen Austauschforen.

Bildungs- und Teilhabepaket kommt bei bedürftigen Kindern kaum an

Beim Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket schneidet Sachsen-Anhalt erneut besonders schlecht ab. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes Zuschüsse zu Mitgliedsbeiträge für Sportvereine, für Klassenfahrten oder Kosten für Nachhilfe erhalten. Doch tatsächlich kommt die Unterstützung bundesweit nur bei jedem siebten Kind an, in Sachsen-Anhalt sogar nur bei etwa jedem zehnten. Das zeigt die Expertise des Paritätischen Gesamtverbandes, die im Herbst 2020 veröffentlicht wurde.

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert, daran haben auch die mit dem so genannten Starke-Familien-Gesetz 2019 in Kraft getretenen Reformen nichts geändert.

Als Sofortmaßnahme muss die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in den Kommunen verbessert, vereinheitlicht und vereinfacht werden. Die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sollten automatisch mitbewilligt werden, wenn Leistungen wie SGB II oder Wohngeld gewährt werden.

Der Paritätische Sachsen-Anhalt appelliert daher an die Landkreise, die Verwaltungen, grundsätzlich eine niedrighschwellige barrierearme Antragsstellung für Bildung und Teilhabe zu ermöglichen.

Ombudtschaftliche Beratung in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts

Am 1. Oktober 2020 startete der Paritätische als Kooperationspartner mit dem Projekt zur Implementierung ombudtschaftlicher Beratung im Land Sachsen-Anhalt. Ziel des Projektes ist es, herauszufinden, welche Strukturen für Ombudschaften in den Hilfen zur Erziehung für Sachsen-Anhalt hilfreich sind. Projektträger ist unser Mitglied "KinderStärken e.V." – vor allem wegen seiner eigenen Unabhängigkeit zu Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung.

GESUNDHEIT UND SELBSTHILFE

Corona-Krise: Rat und Hilfen in fast allen Lebenslagen

In mehr als 1.000 Selbsthilfegruppen in Sachsen-Anhalt finden Menschen Orientierung, Beratung und Austausch mit anderen Menschen. Die Corona-Pandemie und die Kontakteinschränkungen greifen derzeit tief in das bisherige Zusammenleben der Menschen ein. Onlineangebot soll Betroffene unterstützen. Viele Teilnehmer*innen von Selbsthilfegruppen sind individuell betroffen. Viele gehören aufgrund chronischer körperlicher Erkrankungen oder Behinderungen zur so genannten Risikogruppe und müssen sich in besonderer Weise vor einer möglichen Infektion schützen. Insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen bedeutet die erzwungene soziale Isolation und der Wegfall von Gewohnheiten eine große Herausforderung.

Selbsthilfeaktivitäten konnten über einen längeren Zeitraum nicht in der gewohnten Weise stattfinden. Die Treffen und der vertraute persönliche Austausch mussten zeitweise ausgesetzt werden.

Die Selbsthilfekontaktstellen waren während des Lockdowns zentrale Anlaufstellen. Sie waren für persönliche Beratung nicht geöffnet, blieben aber per Mail und Telefon für die Nachfragen weiterhin erreichbar. Um den Gruppen auch in diesen Zeiten den so wichtigen Austausch zu ermöglichen, organisierten die Selbsthilfekontaktstellen digitale Informations- und Austauschangebote oder Gruppentreffen im Freien. Die Möglichkeit, mit anderen in Kontakt zu bleiben, half vielen Betroffenen, soziale Isolation auszuhalten und Vereinsamung vorzubeugen.

Alle Gruppen und alle im Land ansässigen Selbsthilfekontaktstellen sind auf einer neuen Website zu finden

Mit der neuen Onlineplattform: www.selbsthilfekontaktstellen-lsa.de veröffentlichen wir als Verband übersichtlich alle Kontaktadressen von Selbsthilfekontaktstellen in Sachsen-Anhalt, an die sich Menschen wenden können, die Gleichgesinnte zum Reden suchen oder neue Gruppen gründen möchten. Die Plattform wurde finanziert durch die Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfeförderung der Gesetzlichen Krankenversicherung Sachsen-Anhalt.

„Selbsthilfekontaktstellen Pflege“ als neuer Anlaufpunkt für Pflegende Angehörige

Der Paritätische eröffnete die ersten „Selbsthilfekontaktstellen Pflege“ im Land Sachsen-Anhalt. Seit Mai 2020 gibt es in Halle, dem Saalekreis, dem Burgenlandkreis, Mansfeld- Südharz und dem Harz Anlaufstellen für Pflegende Angehörige. Weitere Landkreise sollen folgen.

Aufgabe der „Selbsthilfekontaktstellen Pflege“ ist es, Selbsthilfegruppen zu gründen und zu begleiten und so Pflegenden die Möglichkeit zu geben, in der offenen und vertrauensvollen Atmosphäre einer Selbsthilfegruppe über sich zu reden, sich untereinander auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und auch ganz praktische Tipps zu dem Thema „Pflege“ zu erhalten. Die vorhandene Kompetenz, die Vernetzung und die Erfahrungen der seit vielen Jahren bestehenden Paritätischen Selbsthilfekontaktstellen wird nun auch für die Ansprache und Aktivierung der pflegenden Angehörigen genutzt. Gerade zur Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens sind pflegende Angehörige eine tragende Säule bei der alltäglichen Pflege und Begleitung. Es gilt daher durch eine gezielte Förderung entsprechende Strukturen zu schaffen, die Pflegeressourcen aktivieren und einbeziehen. Nur so kann der oft festzustellenden Überforderung und sozialen Isolation der Angehörigen wirksam begegnet werden. Die Pflegekassen und das Land Sachsen-Anhalt fördern dieses Angebot.

PROJEKTE UND KOORDINIERUNGSSTELLEN

LIKO – Landesintervention und Koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking



Das Landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt ist ein Zusammenschluss benannter Institutionen. In Kooperation mit der Stendaler Projektgruppe „Gemeinsam gegen Gewalt“ fand am 11. März 2020 eine „Netzwerkkonferenz Häusliche Gewalt“ im Landratsamt der Hansestadt Stendal statt. Die über 80 interessierten Teilnehmenden konnten sich in fünf unterschiedliche Fachforen informieren. Der Offene Kanal Stendal e.V. hat die Netzwerkkonferenz filmisch begleitet.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war die Ausstellungseröffnung einer Graffiti-Galerie „Stopp – keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, die von Wolmirstedter Schülerinnen und Schülern geschaffen wurden.

© M. Krüger

Paritätisches Jugendwerk

Das Jahr 2020 startete mit den verschiedenen Bildungsmaßnahmen Ausbildung von Mediator*innen und Streitschlichter*innen und den Nachhaltigkeitsworkshops Upcycling „Aus alt – mach neu“. Bis zum März konnten alle geplanten Maßnahmen, Gremien und weiteren Arbeitskreise durchgeführt werden.

Dann ging es in den Corona bedingten Online-Modus. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Jahresbildungskalender umgestellt und umgeplant. Es fand ein Streitschlichter*innenkurs online statt und weitere Online-Formate ersetzen die Präsenzgremienarbeit, das Projektmanagement sowie Bildungsveranstaltungen in Kooperation.

Diese Neugestaltung der Bildungsmaßnahmen war durch den Einsatz neuer Methoden und eines Neudenkens der Wissens- und Kompetenzvermittlung eine (zeit)intensive Herausforderung, die gut gelungen ist.

Was im Sommer 2019 selbstverständlich war, war im Sommer 2020 besonders, trotz verschiedener Planänderungen haben die Mitglieder des Paritätischen Jugendwerkes stets mit dem Blick auf die Gesundheit, mit akribischer Vorbereitung und Energie, mit viel Kreativität ein wunderbares Sommerprogramm auf die Beine gestellt, wobei das PJW mit Workshops unterstützte. Wichtig im PJW ist der regelmäßige Austausch an Informationen und neben den versendeten Informationen aus dem Paritätischen Jugendwerk findet mindestens einmal jährlich der Arbeitskreis der Mitgliedsorganisationen statt.

Ein Highlight war die Lesung „Leben mit Auschwitz“ mit Andrea von Treuenfeld im Oktober 2020 im Gröninger Bad Magdeburg.

Regionalstellen/Netzwerkarbeit

Die Regionalstellen waren trotz direkter Kontaktbeschränkungen in regelmäßigem Kontakt zu den Mitgliedern: per Telefon und in Videokonferenzen wurde sich über den regionalen Stand der Pandemie beispielsweise zur Zusammenarbeit mit Gesundheits- und Sozialämtern ausgetauscht, zur Versorgung mit Schutzausrüstungen und Sicherstellung der Betreuung besonders vulnerabler Gruppen, die nicht in Einrichtungen leben. Hier stand beispielsweise die Kontaktpflege zu alleinlebenden Senior*innen im Mittelpunkt.

Auch Kreisgruppensitzungen und Zusammenkünfte der Kreisgruppenbeiräte wurden über Videokonferenzen ermöglicht. Je nach Möglichkeit und entsprechend der pandemischen Situation fanden diese verbandlichen Gremien auch in Präsenz statt.

Nein zur Allgemeinen Dienstpflicht: LIGA lehnt verpflichtendes Dienstjahr für Jugendliche erneut ab

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege lehnte den Antrag der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt zu einer „Allgemeinen Dienstpflicht“ für Jugendliche erneut ab.

Die schon seit über 50 Jahren bewährte Form von zivilgesellschaftlichem Engagement trägt maßgeblich durch ihren freiwilligen Charakter dazu bei, dass der Dienst seine Wirkung erzielt. Zudem sieht die LIGA in einem Pflichtjahr für Jugendliche keineswegs eine Lösung für Arbeitsmarktprobleme im sozialen Sektor. Ein verpflichtendes Dienstjahr kann personelle Engpässe und den bestehenden Fachkräftemangel in sozialen Einrichtungen nicht beheben. Vor allem im sozialen Bereich kann ein Pflichtjahr nur kontraproduktiv sein, da hier die Identifikation mit der Tätigkeit in der Arbeit am Menschen im Vordergrund steht. Auch dem Grundsatz der Freiwilligkeit kommt ein enormer Stellenwert zu.

AUSGEWÄHLTE PARITÄTISCHE POSITIONEN

Barbeträge gemäß § 39 Abs.2 SGB VIII in der Kinder- und Jugendhilfe

Barbeträge stehen jungen Menschen in den Hilfen zur Erziehung für den persönlichen Bedarf und zur freien Verwendung zur Verfügung. Sie decken den persönlichen Bedarf, der nicht über die Hilfeleistungen gedeckt wird. Die Barbeträge für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind im Land Sachsen-Anhalt bis auf die Anpassung DM in Euro seit 1994 unverändert. Der Paritätische fordert eine dynamisierte regelmäßige Anpassung. Um den steigenden Kosten gerecht zu werden, müssen die Barbeträge je Lebensjahr an dem Barbetrag für junge Volljährige ausgerichtet werden. Damit ist eine Benachteiligung der noch Minderjährigen ausgeschlossen.

Paritätischer Armutsbericht 2020

Armut in Deutschland auf Rekordhoch: Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent (rechnerisch 13,2 Millionen Menschen) einen neuen traurigen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt in der Studie, dass alles darauf hindeute, dass die Auswirkungen der Corona-Krise Armut und soziale Ungleichheit noch einmal spürbar verschärfen werden. Der Verband wirft der Bundesregierung eine „armutspolitische Verweigerungshaltung“ vor und fordert unter der Überschrift „Gegen Armut hilft Geld“ eine sofortige Anhebung der finanziellen Unterstützungsleistungen für arme Menschen sowie armutsfeste Reformen der Sozialversicherungen.

Die vorliegenden Daten zur regionalen Verteilung, zur Entwicklung und zur Struktur der Armut zeigen Deutschland als ein in wachsender Ungleichheit tief zerrissenes Land. Immer mehr Menschen leben ausgegrenzt und in Armut, weil es ihnen an Einkommen fehlt, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und an unserer Gesellschaft gleichberechtigt und in Würde teilzuhaben. Volkswirtschaftliche Erfolge kommen seit Jahren nicht bei den Armen an und in den aktuellen Krisen-Rettungspaketen werden die Armen weitestgehend ignoriert.

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen“- SGB VIII Reform

Die Novellierung dieses Gesetzes stellt eine große Veränderung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe dar. Die fachliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit den geplanten Änderungen sind für die Kinder und jungen Menschen im Land und damit auch für Träger des Paritätischen von herausragender Bedeutung.

Der Verband erkennt in der Gesamtbetrachtung des Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetzes deutlich gelungene Signale, die aufgrund der politischen Diskussionen in den vergangenen Jahren aufgegriffen worden sind.

PARITÄT IN BEWEGUNG - THEMEN, DIE UNS BEWEG(T)EN ...

Positionen des Paritätischen zur Landtagswahl

In Zeiten der Pandemie und des Lockdowns haben wir gezeigt: der PARITÄTISCHE mit seinen Mitgliedsorganisationen ist ein verlässlicher und engagierter Partner, wenn Menschen professionelle Hilfe und Unterstützung brauchen - nicht nur in Krisenzeiten.

Fachkräfte und unzählige Ehrenamtliche haben bis an die Grenze des Leistbaren die besonders gefährdeten Pflegebedürftigen versorgt, sich um Kinder und ihre belasteten Familien gekümmert, waren Ansprechpartner*innen in Lebenskrisen und rund um die Uhr erreichbar für Ratsuchende. In diesem Sinne haben wir gezeigt, dass Soziale Arbeit nicht nur krisensicher sondern auch **besonders wertvoll für unsere Gesellschaft**.

Dies ist auch unsere Botschaft für die Landtagswahl Sachsen-Anhalt. Den Kandidat*innen bzw. neu gewählten Abgeordneten der demokratischen Parteien im Landtag haben wir unseren Themenkatalog als Gesprächsangebot zur Verfügung gestellt:

- Soziale Arbeit ist wertvoll und braucht verlässliche, auskömmliche Finanzierung
- Lebensqualität in Sozialräumen sichern: Attraktivität ländlicher Regionen fördern
- Armut langfristig verhindern - Lebenschancen ermöglichen
- Inklusion ist umfassend und betrifft nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen
- Bildung ganzheitlich denken und lebenslang ermöglichen
- Soziale Arbeit muss langfristig ökologisch und nachhaltig werden

Auf unserer Homepage haben die Spitzenkandidat*innen der demokratischen Parteien in kurzen Videostatements zu unseren Themen Stellung genommen und ihre Wertschätzung für unseren Verband betont.

Im September 2021 beginnen wir mit Gesprächen in den Fraktionen, den Ausschüssen bzw. den Hausspitzen der Ministerien.

Neben der Pandemiebewältigung werden wir die aktuellen Fragen zur Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes und zur Sicherung der Trägervielfalt, zum Landesrahmenvertrag zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und steigende Eigenanteile von Freien Trägern in den Mittelpunkt rücken.

Geh' wählen, weil Alle zählen!

So lautet das Motto und der Aufruf des Paritätischen Gesamtverbandes zur Bundestagswahl im September 2021. Die Kampagne des Gesamtverbandes wird vorrangig über soziale Medien beworben und bietet gleichfalls im Livestream digitale Wahlsalons mit den Spitzenkandidat*innen. Themen wie Armutsbekämpfung, Gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle, die Wahrung der Menschenrechte, der Abbau von Barrieren, eine sozial gestaltete ökologische Wende und die Finanzierung sozialer Arbeit durch Umsteuerung und Heranziehung großer Vermögen werden in vielfältiger Form transportiert und in die Öffentlichkeit getragen.

Solidarisches Miteinander sichert Demokratie

Unter dem Slogan „Vielfalt ohne Alternative“ wurden in den letzten Jahren durch den Gesamtverband verschiedenste Aktionen und Veranstaltungen organisiert, um Mitgliedsorganisationen auf die demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen aufmerksam zu machen. Die Mitgliedsorganisationen haben auch in Sachsen-Anhalt immer wieder deutlich gemacht, dass sie sich eine starke Solidarität untereinander wünschen und eine offensive Unterstützung des Landesverbandes, wenn es zu Anfeindungen oder Diskreditierungen kommen sollte. Es braucht Strategien zum Umgang mit demokratiefeindlichen Positionierungen in Parlamenten und öffentlichen Gremien - diesem Thema werden sich Vorstand, Landesgeschäftsführung und Regionalleiter*innen in den nächsten Monaten verstärkt widmen.

Rekommunalisierung gefährdet Trägervielfalt und Subsidiaritätsprinzip

Seit einigen Jahren beobachten wir vermehrt, dass soziale Angebote und Dienstleistungen Freier Träger wieder zurück in kommunale Trägerschaft geholt werden bzw. eigene Angebote entwickeln - dies, obwohl die Sozialgesetzgebung Freien Trägern einen Vorrang bei der Erbringung von Leistungen einräumt. Damit soll das Wunsch- und Wahlrecht der Bürger*innen und Trägervielfalt gesichert werden. Auch die Landesverfassung gibt dieses Prinzip vor.

Gerade im Bereich der Kindertageseinrichtungen erleben Träger, dass sich die Rahmenbedingungen vor Ort erschwert haben und sich insbesondere die rechtskonforme Umsetzung der Verhandlungspraxis schwierig gestaltet. Dies birgt erhebliche Risikolagen zu Lasten Freier Träger. Darüber hinaus werden Rückführungen mit nicht belegbaren Kosteneinsparungen begründet.

Vor diesem Hintergrund hat die LIGA im Land Sachsen-Anhalt ein Positionspapier veröffentlicht, das deutlich macht: Wunsch- und Wahlrecht der Eltern schützen - Qualität und Standards der Kindertageseinrichtungen dürfen keine regionale Auslegungssache sein!

Zeitraumen der Übergangsregelung zum „Rahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ muss effektiv genutzt werden

Die Übergangsregelung zum Rahmenvertrag wurde verlängert - die Verbände haben trotz zum Teil grundsätzlicher erheblicher Bedenken dieser Verlängerung zugestimmt. Es gab keine Alternative, um die offenen Themen zeitlich angemessen bearbeiten zu können bzw. Einigungen dazu mit dem Kostenträger zu erzielen.

Es ist daher dringend erforderlich, den nun gewonnenen Zeitrahmen effektiv zu nutzen und Verzögerungen bzw. einen Stillstand in den Verhandlungen zu vermeiden.

Insbesondere der Prozess der Bedarfsfeststellung im Gesamtplanverfahren muss im Interesse der leistungsberechtigten Menschen beschleunigt werden – es braucht eine bedarfsdeckende, nahtlose und unverzügliche Leistungsgewährung.

In einem Schreiben an das Land fordert die LIGA eine intensive Neujustierung der Gesprächs- und Verhandlungskultur und lösungsorientiertes Arbeiten im Verhandlungsgremium zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Die Verlängerung der Übergangszeit verschafft letztlich keinen Puffer, die Vorhaben bleiben erheblich ambitioniert.

Neue Landesgeschäftsführung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt berufen

Der Vorstand hat Antje Ludwig zum 01. Januar 2021 zur neuen Landesgeschäftsführerin berufen. Als stellvertretender Landesgeschäftsführer fungiert künftig Marcel Kabel, der bislang und auch in Zukunft zugleich als Referent für Altenhilfe und Pflege tätig sein wird.